

## A) FESTSETZUNGEN

## 1. Geltungsbereich

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches  
des Bebauungsplanes

## 2. Art der baulichen Nutzung


WA = Allgemeines Wohngebiet nach § 4 BauNVO  
ausnahmsweise zulässig: Betriebe des  
Beherbergungsgewerbes

### 3. Maß der baulichen Nutzung

Das höchstzulässige Maß der baulichen Nutzung wird bestimmt durch die Grundflächenzahl, Geschoßflächenzahl und die Zahl der Vollgeschosse.

GRZ = Grundflächenzahl  
GFZ = Geschoßflächenzahl  
II = Zahl der Vollgeschosse (Höchstgrenze)  
= Baugrenze

#### 4. Bauweise


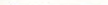

 = offene Bauweise gemäß § 22 Abs. 1 BauNVO  
 = nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig  
 = maximale Gebäudelänge

## 5. Darstellung

Im Bebauungsplan sind Art und Maß der baulichen Nutzung und die Bauweise einheitlich folgendermaßen dargestellt:

Allgemeines Wohngebiet	Zahl der Vollgeschoße
Grundflächenzahl	Geschoßflächenzahl
max. Gebäudelänge	Bauweise

## 6. Verkehrsflächen

 Straßenbegrenzungslinie  
 öffentliche Verkehrsfläche  
 einschließlich der Fußwege

Es darf nur eine Zu- und Ausfahrt angelegt werden; das erforderliche Sichtfeld ( $L_1$  : 5,0 m vom Fahrbahnrand und  $L_2$  : 60 m auf der Fahrstreifenmitte) ist von jeglichen Einbauten freizuhalten.

## 7. Garagen und Stellplätze

TGa = Tiefgarage  
 ► = Einfahrt zur Tiefgarage bzw. zu den Stellplätzen

Oberirdisch sind maximal 5 Stellplätze zulässig.

## 8. Baugestaltung und Bauausführung





Die örtliche Bauvorschrift und die Baumschutzverordnung des Marktes Garmisch-Partenkirchen sind Inhalt dieses Bebauungsplanes.

$\longleftrightarrow$  = Firstrichtung

## 9. Leitungsrechte

== == == == == = mit Leitungsrechten zu belastende Flächen

## B) Hinweise

1.  = bestehende Grundstücksgrenzen
2.  = bestehende Grundstücksgrenzen, die entfallen sollen
3. z.B. 1900 = Flurstücknummern
4.  = vorhandene Haupt- oder Nebengebäude
5.  = vorhandenes Haupt- oder Nebengebäude, das bei weiterer baulicher Nutzung abgebrochen werden muß
6. BP NR.5 = angrenzender Bebauungsplan
7. Im Baugenehmigungsverfahren ist ein Schallschutzgutachten vorzulegen, in dem die erforderlichen Immissionschutzmaßnahmen (entsprechend Grundrißgestaltung, Anordnung und Ausführung der Fenster etc.) detailliert bestimmt sind.  
Die Anforderungen der VDI 2719 (08.87) und der "Ergänzenden Bestimmungen zu DIN 4109, Schallschutz im Hochbau" (09.75) sind einzuhalten.

## VERFAHRENSVERMERKE

- |   |     |                      |                |
|---|-----|----------------------|----------------|
| 1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS                      | am  | 06.04.1989           |                |
| 2. VORGEZOGENE BÜRGERBETEILIGUNG              | vom | 16.05.1989           | bis 23.06.1989 |
| § 3 Abs. 1 BauGB                              |     |                      |                |
| 3. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG                      | vom | 30.10.1989           | bis 01.12.1989 |
| § 3 Abs. 2 BauGB                              | vom | 26.02.1990           | bis 30.03.1990 |
|   | vom | 17.12.1990           | bis 18.01.1991 |
| 4. SATZUNGSBESCHLUSS                          | am  | 21.06.1990           |                |
| § 10 BauGB                                    | und | 14. 02. 1991         |                |
| 5. PRÜFUNG DURCH DIE REGIERUNG VON OBERBAYERN | Nr. | 222-4622/1-GAP -6 -6 |                |
| § 11 BauGB                                    | vom | 01. 10. 1990         |                |
| 6. ORTSÜBLICHE BEKANNTMACHUNG                 | am  | 14. 03. 1991         |                |
| § 12 BauGB                                    |     |                      |                |

Der Bebauungsplan mit Begründung wird seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden im Rathaus Zi. 65, 66 und 75 zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt. Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft. Auf die Rechtsfolgen der §§ 44, 214 und 215 BauGB wurde hingewiesen.

Misch-Partenkirchen, 15.03.1991

Neidlinger  
1. Bürgermeister

Die Regierung von Oberbayern hat mit  
Bescheid vom 01.10.1990  
Az. 22-4622.1-GAP-6-6  
eine Verletzung von Rechtsvorschriften  
nach § 11 Abs. 3 BauGB nicht geltend  
gemacht.

18. April 1991 Regierung von Oberbayern  
I.A.

Lechnern  
Regierungsdirektor

MARKT  
GARMISCH-PARTENKIRCHEN  
BEBAUUNGSPLAN NR. 5 Ä. II

ÄNDERUNG EINES TEILGEBIETES AUS DEM BP NR. 5,  
AN DER MITTENWALDERSTRASSE  
GEMARKUNG PARTENKIRCHEN

BP NR.5

WA	Π
0,2	0,35
18,00	

PLANFERTIGER  
MARKT  
GARMISCH-PARTENKIRCHEN, 29.03.1989  
BAUAMT  
I.A.  ged. 05.10.89  
" 21.12.89  
" 04.12.90